

SUDAN

Die Weltgemeinschaft muss den Krieg beenden

Erklärung einer Delegation der US-Bischofskonferenz

Eine Delegation der US-Bischofskonferenz besuchte im März dieses Jahres zwei Wochen lang den Sudan. Sie traf mit religiösen Führern des Landes, mit Vertretern der Regierung und Führern der Rebellenbewegung im Süden zusammen und besuchte mehrere Flüchtlingslager. Der Leiter der Delegation, John Ricard, Bischof von Pensacola-Tallahassee, gab am 5. April 2001 vor der Presse in Nairobi den folgenden Bericht. (Zu ähnlichen Erklärungen siehe WELTKIRCHE 3/2000, S. 63f. und 9/2000, S. 235f.)

Ich bin Bischof John Ricard, Bischof von Pensacola-Tallahassee in den Vereinigten Staaten und Vorsitzender der Katholischen Hilfswerke, des Hilfs- und Entwicklungsbüros für Übersee der Katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten. Ich bin auch Mitglied des Bischöflichen Komitees für Internationale Politik der Vereinigten Staaten, dessen Vorsitz Kardinal Bernard Law, der Erzbischof von Boston, innehat. Begleitet werde ich von Bischof Edward Braxton, dem Bischof von Lake Charles, Louisiana, ebenfalls Mitglied des Bischöflichen Komitees für Internationale Politik. Ein drittes Mitglied unserer Delegation, Bischof Nicholas DiMarzio, der Bischof von Camden, New Jersey und Vorsitzender des US-Komitees für Migration, kehrte gestern in die Vereinigten Staaten zurück.

Wir sind heute hier, um Ihnen über unseren kürzlich zu Ende gegangenen Besuch im Sudan zu berichten. Im Januar 2000 luden die katholischen Bischöfe des Sudan die US-Bischöfe ein, eine Delegation in den Sudan zu entsenden, um sich aus erster Hand ein Bild zu machen von den menschlichen Konsequenzen des seit 18 Jahren herrschenden Bürgerkriegs ihrer leidenden Nation. Uns des Leidens der Sudanesen bewusst und mit dem Wunsch, unsere Mitbrüder, die Bischöfe und die Kirche im Sudan zu unterstützen, kamen wir als Vertreter der US-Bischöfe und der katholischen Kirche in den Vereinigten Staaten, um mehr von diesem

endlosen und scheinbar unlösbaren Konflikt zu erfahren und zu verstehen.

Während unseres Besuches haben wir uns sowohl im Norden als auch im Süden des Sudan mit Autoritäten getroffen. Wir trafen auch mit Führern der katholischen Kirche, anderer christlicher Gruppen, der Islamischen Gemeinschaft und der bürgerlichen Gesellschaft zusammen. Bei diesen Treffen brachten wir Probleme des Friedens, der Religionsfreiheit, der Menschenrechte und der Vertriebenen zur Sprache. Wir besuchten auch Gebiete, die vom Krieg am härtesten getroffen wurden, ebenso wie die Sudanesen, die die Last dieses Konflikts getragen haben, in den Lagern sowohl für die im Lande selbst Vertriebenen als auch für die Flüchtlinge.

Bei unseren Gesprächen und Besuchen stellten wir zuallererst fest, dass dieser Konflikt nicht mit einfachen Begriffen charakterisiert werden kann. Alle Versuche, den Krieg auf einen einzigen Nenner zu bringen, verzerren die Realität und dienen nicht der Sache des Friedens. Jedoch hat trotz aller damit verbundenen Vielschichtigkeiten unsere Mission unsere Überzeugung verstärkt, dass Bemühungen um einen Frieden im Sudan von der internationalen Gemeinschaft nicht länger vernachlässigt werden dürfen. Das Urteil der Geschichte wird bestimmt werden vom Mut und von der Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft, kühne Schritte zu unternehmen, um zur Beendi-

gung dieses grausamen Krieges beizutragen. Nach unserer Meinung müssen die Vereinigten Staaten bei diesem Bemühen eine zentrale Rolle spielen.

Wenngleich eine stärkere Verpflichtung durch die internationale Gemeinschaft, besonders die Vereinigten Staaten eingegangen werden muss, machen uns die Absichten der Regierung in Khartoum große Sorgen. Es ist vollkommen klar, dass die Hauptverantwortung für die Führung dieses Kriegs bei der Regierung in Khartoum liegt. Die Tatsache, dass die Regierung systematisch den Christen und anderen Nicht-Muslimen sowohl im Norden als auch im Süden die Religionsfreiheit verweigert, dass sie zu Bombardierungen und anderen Taktiken greift, um die Bevölkerung in den umkämpften Gebieten zu terrorisieren und zu vertreiben, sowie dokumentierte Menschenrechtsverletzungen liefern den Beweis für ein Regime, das entschlossen ist, politische und wirtschaftliche Macht anzuhäufen und gewaltsam einen islamischen Staat zu schaffen. Solch verwerfliches Verhalten verlängert nur Gewalt und Leiden und schließt jegliche ernsthafte Friedensbemühung aus.

Das bedeutet nicht, dass andere Konfliktparteien kein Verhalten zeigen, das die fundamentalen Menschenrechte verletzt.

Nach unserer Ansicht muss ein gerechter und dauerhafter Friede auf den folgenden Prinzipien gründen:

- auf dem Recht der Menschen des Sudan, für sich selbst festzusetzen, wie sie als Volk definiert und als Gesellschaft regiert werden sollen;
- auf dem Recht aller Sudanesen, ihre fundamentalen Menschenrechte respektiert zu sehen, einschließlich des Rechts der freien Ausübung ihrer Religion;
- auf dem Recht aller Sudanesen, in ihre Häuser zurückzukehren;
- auf dem Recht aller Sudanesen, in Frieden und Sicherheit zu leben.

Um eine Umwelt zu schaffen, in der ein gerechter und dauerhafter Frieden erreicht werden kann, müssen nach unserem Dafürhalten die Vereinigten Staaten und die internationale Gemeinschaft folgende unmittelbare Maßnahmen ergreifen:

- eine unverzügliche und nachweisbare Einstellung der Feindseligkeiten fordern und verhandeln helfen, die kontrolliert wird von den Vereinten Nationen oder einem anderen internationalen Gremium, die einen Stopp der Vertreibung von Zivilisten aus ihren Herkunftsorten einschließt;

- die mit Sondierung, Gewinnung, Produktion und Verkauf von sudanesischem Öl befassten Unternehmen drängen, die Konsequenzen dieser Aktivitäten auf die Eskalation des Krieges anzuerkennen;

- mehr tun, um die Menschenrechtsverletzungen durch die Konfliktparteien zu beenden, besonders die Entführung und Versklavung von sudanesischen Staatsbürgern, vor allem Frauen und Kinder, sowie die Rekrutierung von Jugendlichen für den Militärdienst;

- Druck auf alle Konfliktparteien ausüben, den Einsatz von Nahrungsmitteln als Waffen einzustellen und die ungehinderte Überbringung von humanitärer Hilfe für die betroffenen Bevölkerungsteile zu garantieren, wie es im Protokoll über humanitäre Hilfe und in der Grundsatzerklärung¹ niedergelegt ist.

Bei diesem Besuch im Sudan war unser wichtigstes Anliegen mitzuhelfen, die Aufmerksamkeit auf das schreckliche, von diesem Krieg verursachte Leid und auf die dringende Notwendigkeit zu einem gerechten Frieden zu lenken. Wenn wir in die Vereinigten Staaten zurückkehren, werden wir unseren katholischen Mitbrüdern im Bistumsamt und der Kirche der Vereinigten Staaten, sowie unseren politischen Führern und der umfassenden amerikanischen Öffentlichkeit berichten, was wir gesehen und gehört haben. Wir werden weiterhin die Aufmerksamkeit auf die Not der sudanesischen Menschen lenken und unermüdlich für einen gerechten Frieden im Sudan arbeiten.

Vor allem laden wir alle Menschen guten Willens ein, ungeachtet ihrer religiösen Identität, mit uns zusammen darum zu beten, dass Gott das Volk des Sudan von der Verheerung dieses schrecklichen Konflikts erlösen möge. Vielen Dank.

5. April 2001



¹ Internationale Vereinbarung über humanitäre Hilfe und Grundsatz-erklärung der IGAD.

Quelle:
Separatum der United States Catholic Conference, Washington, 18.4.2001. Übersetzung aus dem Englischen.